

Deutschland – Werbe- und Marketingdienstleistungen – Rahmenvereinbarung über die Kommunikationsagentur für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)
OJ S 186/2025 29/09/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

E-Mail: vergabestelle@bmwe.bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rahmenvereinbarung über die Kommunikationsagentur für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)

Beschreibung: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) trifft Entscheidungen, die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen beeinflussen. Diese Entscheidungen müssen einfach und verständlich aufbereitet und vermittelt werden. Dazu bedarf es der Unterstützung durch eine Kommunikationsagentur, mit der eine Rahmenvereinbarung geschlossen werden soll. Die Kommunikationsagentur soll für das BMWE Kommunikationsberatung leisten sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit konzeptionieren und durchführen.

Kennung des Verfahrens: 845f3b51-0961-48a2-a062-4ea92f88645c

Interne Kennung: 17104/004-25#013

Verfahrensart: Nichtoffenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: ja

Begründung des beschleunigten Verfahrens: Im Zuge des vorzeitigen Regierungswechsels ist die strategische Neuausrichtung der Kommunikationsprozesse des BMWE erforderlich. Aus diesem Grund wird die Rahmenvereinbarung neu ausgeschrieben. Um hier schnellstmöglich einen entsprechenden Dienstleister zu ermitteln, soll die reguläre Mindestfrist für den Teilnahmewettbewerb unterschritten werden.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79340000 Werbe- und Marketingdienstleistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79416000 Öffentlichkeitsarbeit, 79416200 Beratung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10115

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 12 000 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Betrug: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Zahlungsunfähigkeit: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Rahmenvereinbarung über die Kommunikationsagentur für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)

Beschreibung: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) trifft Entscheidungen, die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen beeinflussen. Diese Entscheidungen müssen einfach und verständlich aufbereitet und vermittelt werden. Dazu bedarf es der Unterstützung durch eine Kommunikationsagentur, mit der eine Rahmenvereinbarung geschlossen werden soll. Die Kommunikationsagentur soll für das BMWE Kommunikationsberatung leisten sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit konzeptionieren und durchführen.

Interne Kennung: 17104/004-25#013

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79340000 Werbe- und Marketingdienstleistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79416000 Öffentlichkeitsarbeit, 79416200

Beratung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Vertragslaufzeit kann durch das BMWE zweimalig um jeweils bis zu zwölf Monate verlängert werden.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10115

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 05/02/2026

Enddatum der Laufzeit: 04/02/2028

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 12 000 000,00 EUR

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 12 000 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,#Besonders auch

geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung: ggf. Bewerbergemeinschaftserklärung (Ziff. 3.2.1 Verfahrensbeschreibung) Im Falle einer Bewerbergemeinschaft (in der späteren Angebotsphase „Bietergemeinschaft“) müssen Angaben zu Rechtsform und Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft, zur Rollen- und Aufgabenverteilung sowie zum vertretungsberechtigten Mitglied der einzelnen Unternehmen der Bewerbergemeinschaft gemacht werden. Es ist ein bevollmächtigter Vertreter für die Bewerbergemeinschaft insgesamt zu benennen. Beleg: Die Bewerbergemeinschaftserklärung (Vordruck) ist im Falle einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung: ggf. Nachunternehmerverpflichtungserklärung bei Eignungsleihe (Ziff. 3.3 + 3.3.7 Verfahrensbeschreibung) Ein Bewerber kann sich im Hinblick auf die Eignung auf die Kapazitäten von Unterauftragnehmern berufen, wenn er nachweist, dass diesem die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Der Austausch eines Unterauftragnehmers ist im Fall der Eignungsleihe nur mit vorheriger Zustimmung des BMWF, mindestens in Textform, zulässig. Die Erteilung der Zustimmung steht im freien Ermessen des Auftraggebers und setzt voraus, dass der Austausch rechtzeitig beantragt und glaubhaft nachgewiesen wird, dass ein zumindest gleichwertiger Austausch erfolgt. Selbstverpflichtung des betreffenden Unterauftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber bei einer Auftragserteilung die betreffenden Leistungen zu erbringen. Beleg: Die Nachunternehmerverpflichtungserklärung (Vordruck) ist im Falle der Eignungsleihe von allen Unterauftragnehmern vorzulegen.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung: Ziff. 3.3.1 Verfahrensbeschreibung Sofern für die berufliche bzw. gewerbliche Tätigkeit eine Pflicht zur Eintragung in einem der in Anhang XI zur Richtlinie 2014/24/EU (Seite 160) über die öffentliche Auftragsvergabe genannten Register besteht, einen Ausdruck der Eintragung, der nicht älter als sechs Monate zum Ende der Teilnahmefrist ist. Für Bieter aus Deutschland sind die betreffenden Register das Handelsregister, die Handwerksrolle, das Vereinsregister, das Partnerschaftsregister oder die Mitgliederverzeichnisse der Berufskammern der Länder. Beleg: Der entsprechende Ausdruck der Eintragung ist im Falle einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern vorzulegen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung: Ziff. 3.2.2 Verfahrensbeschreibung Mindestanforderung: Versicherungsschutz während des gesamten Auftragszeitraums mit einer Mindestdeckungssumme je Schadensereignis von 1.000.000 Euro für Vermögens- und Sachschäden und 2.000.000 Euro für Personenschäden und einer Gesamthaftungssumme von mindestens 3.000.000 Euro je Versicherungsjahr. Beleg: Eigenerklärung Versicherungsschutz (Vordruck) über das Vorliegen einer entsprechenden Versicherung bzw. über die Bereitschaft zum Abschluss spätestens zum Zeitpunkt der Auftragserteilung. Diese ist im Falle einer Bewerbergemeinschaft für alle Mitglieder getrennt vorzulegen.

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung: Ziff. 3.3.3 Verfahrensbeschreibung Mindestanforderung: Durchschnittlicher Jahresumsatz im Bereich der zu vergebenen Leistung von 2.500.000 Euro (netto), ermittelt als Durchschnitt der – sofern verfügbar – letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. Beleg: Eigenerklärung Mindestjahresumsatz (Vordruck). Diese ist bei einer Bewerbergemeinschaft für alle Mitglieder, deren Umsatz zum Nachweis der Mindestanforderung berücksichtigt werden

soll, getrennt vorzulegen. Bei Eignungsleihe können auch Umsätze von Nachunternehmen berücksichtigt werden, sofern sich diese für den Fall der Auftragserteilung bereits zur Auftragsausführung verpflichtet haben (siehe 3.3.7).

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung: Ziff. 3.3.4 Verfahrensbeschreibung Mindestanforderung: Mindestens 40 fest angestellte Mitarbeitende (Vollzeitäquivalente; Teilzeitstellen bzw. geringfügig Beschäftigte können summiert werden), ermittelt als Durchschnitt der – sofern verfügbar – letzten drei Jahre. Beleg: Eigenerklärung Personal (Vordruck). Diese ist bei einer Bewerbungsgemeinschaft für alle Mitglieder, deren Umsatz zum Nachweis der Mindestanforderung berücksichtigt werden soll, getrennt vorzulegen. Bei Eignungsleihe können auch Umsätze von Nachunternehmen berücksichtigt werden, sofern sich diese für den Fall der Auftragserteilung bereits zur Auftragsausführung verpflichtet haben (siehe 3.3.7).

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Ziff. 3.3.5 + 3.6 Verfahrensbeschreibung Durch Referenzen sind Erfahrung und Fachkunde in den Bereichen A „Strategische Kommunikationsberatung“ und B „Planung und Umsetzung von Kommunikationskampagnen“ nachzuweisen. Die durch die Referenzen ausgewiesenen Leistungen müssen mit dem ausgeschriebenen Auftragsgegenstand nach Umfang, Komplexität und Schwierigkeitsgrad vergleichbar sein. Eine Referenz ist nur dann vergleichbar, wenn sie die folgenden Mindestkriterien erfüllt: zu A „Strategische Kommunikationsberatung“ - Mindestens 1 einschlägige Referenz im Bereich „Strategische Kommunikationsberatung“, höchstens 5 vollständig bewertbar - Mindestauftragswert des Referenzauftrags: 150.000 Euro netto - Mindestdauer für die strategische Kommunikationsberatung: 3 Monate - Mit den Referenzen ausgewiesene Leistungen müssen nach dem 01. September 2021 erbracht worden sein. Dabei ist – unabhängig von Vertragsschluss oder Ende der Auftragsausführung – entscheidend, dass die relevante (Teil-) Leistung nach dem 01. September 2021 erbracht wurde (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 letzter Halbsatz VgV). zu B „Planung und Umsetzung von Kommunikationskampagnen“ - Mindestens 1 einschlägige Referenz im Bereich „Planung und Umsetzung von Kommunikationskampagnen“, höchstens 5 vollständig bewertbar - Mindestauftragswert des Referenzauftrags: 150.000 Euro netto - Mindestdauer der Kampagne: 6 Monate - Mit den Referenzen ausgewiesene Leistungen müssen nach dem 01. September 2021 erbracht worden sein. Dabei ist – unabhängig von Vertragsschluss oder Ende der Auftragsausführung – entscheidend, dass die relevante (Teil-) Leistung nach dem 01. September 2021 erbracht wurde (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 letzter Halbsatz VgV). Für die Ausweisung der Referenzen sind zwingend die beigefügten Vordrucke zu verwenden. Es sind u.a. entsprechende Angaben vorzunehmen zu: - Leistungsgegenstand, Leistungszeitraum und Leistungsumfang mit grober Einordnung des Nettoauftragswertes, - kurze Angaben zu Arbeitsergebnissen, - Auftraggeber /Leistungsempfänger mit Kontaktdaten einer auskunftsfähigen Ansprechperson, Beleg: Eigenerklärung Referenzen zu A „Strategische Kommunikationsberatung und zu B „Planung und Umsetzung von Kommunikationskampagnen“ (Vordrucke) Bei einer Bewerbungsgemeinschaft können von allen Mitgliedern Referenzen berücksichtigt werden. Bewerber können im Rahmen der Eignungsleihe Referenzen von Unterauftragnehmern einreichen, sofern diese sich für den Fall der Auftragserteilung bereits zur Auftragsausführung verpflichtet haben (siehe 3.3.7). Bei dem Kriterium „Referenzen zum Nachweis von Erfahrung und Fachkunde“ handelt es sich um ein Wertungskriterium, d.h. es wird anhand der geforderten Referenzen der Erfüllungsgrad geprüft. Bewerber, die in einem oder beiden Bereichen (A und B) jeweils weniger als 4 Punkte erzielen, weisen nicht die notwendige Erfahrung und Fachkunde auf und werden daher mangels Eignung ausgeschlossen. Kriterien

und Vorgehen zur Punktwertung von Referenzen sind in Ziff. 3.6 der Verfahrensbeschreibung detailliert erläutert.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Mindestpunktzahl: 8

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung: Ausschluss von Interessenkollisionen (Ziff. 3.3.6 Verfahrensbeschreibung) Der Bewerber hat keine Interessen, die mit der Ausführung des Auftrags im Widerspruch stehen und sie nachteilig beeinflussen könnten. Sofern der Bewerber mit der Ausführung des Auftrags im Widerspruch stehende Interessen hat, muss substantiiert und glaubhaft dargelegt werden, dass die konkrete Interessenkollision die Auftragsausführung aufgrund struktureller, personeller und / oder organisatorischer Vorkehrungen nicht nachteilig beeinflussen wird.

Beleg: Eigenerklärung Interessenkollisionen (Vordruck) mit obenstehendem Inhalt.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung: Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Ziff. 3.4 Verfahrensbeschreibung) Beleg: Eigenerklärung (Vordruck), dass keiner der in den §§ 123, 124 GWB aufgeführten Ausschlussstatbestände erfüllt ist. Diese ist im Falle einer Bewerbergemeinschaft für alle Mitglieder getrennt vorzulegen. Im Falle einer beabsichtigten Unterauftragsvergabe ist die Eigenerklärung – soweit bereits möglich – von allen potentiellen Unterauftragnehmern vorzulegen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung: Keine Betroffenheit durch Russland-Sanktionen (Ziff. 3.5 Verfahrensbeschreibung) Bewerber dürfen nicht von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 betroffen sein. Beleg: Eigenerklärung Russland-Sanktionen (Vordruck); bei einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 6

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 6

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personal

Beschreibung: Ziff. 4.4.1 Verfahrensbeschreibung - Personal (Gewichtung = 25 %) -

Unterkriterium 1: Projektleitung, einschließlich Stellvertretung (15 von 25%) Anzugeben sind für die vorgesehene Projektleitung und Stellvertretung: - jeweilige Zuständigkeit im Falle der Zuschlagserteilung und Auftragsausführung, - für die Ausführung des zu vergebenden Auftrags und im Rahmen der Zuständigkeit relevante (auf Nachfrage nachweisbare) fachliche Qualifikation (v.a. Ausbildung, Studium mit Angabe des Abschlusses, ggf. relevante Ergänzungs- und Zusatzqualifikationen), - für die Ausführung des zu vergebenden Auftrags (auf Nachfrage nachweisbare) relevante berufliche Erfahrung von mindestens fünf Jahren sowie zu Tätigkeiten/ Projekten/ Vorhaben, die mit den im Falle einer Beauftragung zu übernehmenden Leistungen/ Zuständigkeiten vergleichbar sind. - Unterkriterium 2: Kernteam, 3-5 Personen (10 von 25 %) Anzugeben sind für das vorgesehene Kernteam: - jeweilige Zuständigkeit im Falle der Zuschlagserteilung und Auftragsausführung, - für die Ausführung

des zu vergebenden Auftrags und im Rahmen der Zuständigkeit relevante (auf Nachfrage nachweisbare) fachliche Qualifikation (v.a. Ausbildung, Studium mit Angabe des Abschlusses, ggf. relevante Ergänzungs- und Zusatzqualifikationen), - für die Ausführung des zu vergebenden Auftrags (auf Nachfrage nachweisbare) relevante berufliche Erfahrung von mindestens zwei Jahren sowie zu Tätigkeiten/ Projekten/ Vorhaben, die mit den im Falle einer Beauftragung zu übernehmenden Leistungen/ Zuständigkeiten vergleichbar sind.

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Arbeitsabläufe und -organisation

Beschreibung: Ziff. 4.2.2 Verfahrensbeschreibung - Arbeitsabläufe und -organisation

(Gewichtung = 15 %) Das Angebot muss zudem detaillierte Erläuterungen zur für den Auftrag vorgesehenen Arbeitsorganisation und zu den Arbeitsabläufen enthalten, und zwar: - Organigramm mit Angaben zu Verantwortlichkeiten innerhalb des Projektteams (d.h. auch über das Kernteam hinausgehend). - Eine möglichst dezidierte Darstellung der personalorganisatorischen Gestaltung der Arbeitsabläufe. Wie wird die bedarfsorientierte Verfügbarkeit einer für die Leistungserbringung erforderlichen Zahl von Mitarbeitenden sichergestellt? Mit welchen Maßnahmen werden Auftragsspitzen und Personalengpässe bewältigt? Wie wird mit Phasen geringer Auslastung umgegangen, ohne dass das für die Leistungserbringung vorgesehene Kernteam personell abgebaut wird? - Ausführungen zur Einbindung gegebenenfalls vorgesehener Unterauftragnehmer unter Beachtung der Nutzung anderer Rahmenvereinbarungspartner des BMW. - Im Falle einer Bietergemeinschaft, wer welche Aufgaben übernimmt (klare Aufgabenzuordnung) und inwieweit Vorkehrungen getroffen werden, damit die Zusammenarbeit mit den Partnern und ggf. Unterauftragnehmern reibungslos funktioniert. - Es ist detailliert darzulegen, welche Rolle die Projektleitung in Bezug auf das Zusammenwirken aller Beteiligten einnimmt, welche Zeitanteile sie dem Auftrag widmen kann und welche Stellvertretungsregelungen getroffen werden. Es wird erwartet, dass sich die Projektleitung/ Stellvertretung bei Bedarf überwiegend den ausgeschrieben Leistungen widmen kann. - Eine präzise Darstellung der Mechanismen, mithilfe derer bei dauerhaftem Wegfall qualifizierter Mitarbeitender ein in gleicher Weise qualifizierter und erfahrener, langfristig einsatzbereiter Ersatz sichergestellt wird.

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Beispielaufgaben

Beschreibung: Ziff. 4.2.3 Verfahrensbeschreibung - Beispielaufgaben (Gewichtung = 50 %)

Das Thema der Aufgaben wird ausschließlich allen erfolgreichen Bewerbern nach Abschluss des öffentlichen Teilnahmewettbewerbs zeitgleich mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe mitgeteilt. Arbeitsproben/ Entwürfe können ggf. als Anlage im pdf-Format eingereicht werden. Die im Zuge der Bearbeitung der Beispielaufgaben erarbeiteten Arbeitsprodukte werden im Falle der Zuschlagserteilung nicht zwingend Gegenstand eines späteren Abrufs aus dem Rahmenvertrag sein. Es steht dem BMW aber frei, Leistungen auf dieser Grundlage abzurufen. Dies gilt auch für die Arbeitsprodukte derjenigen Bieter, denen kein Zuschlag erteilt wird. Alle Bieter übertragen dem BMW die in Ziff. 6 des Vertragsentwurfs genannten Rechte an den von ihnen im Zuge der Angebotsbearbeitung erstellten Arbeitsprodukten. Die erlaubte Nutzung schließt ausdrücklich die Bearbeitung und Weiterentwicklung durch (künftige) Rahmenvertragspartner des BMW zur öffentlichkeitswirksamen Verwendung durch das BMW ein. - Aufgabe 1 - Ziff. 4.2.3.1 Verfahrensbeschreibung "Strategische Kommunikationsberatung" (Gewichtung = 20%) - Aufgabe 2 - Ziff 4.2.3.2 Verfahrensbeschreibung "Entwurf einer Kampagne" (Gewichtung = 30%) Unterkriterium 1:

Konzepterstellung und Ablauf der fiktiven Beispielaufgabe (10 von 30 %) Unterkriterium 2:

Medienauswahl und Zielgruppenorientierung (10 von 30 %) Unterkriterium 3:

Kampagnenumsetzung (10 von 30 %)

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Präsentation des Kampagnenentwurfs

Beschreibung: Ziff. 4.2.4 Verfahrensbeschreibung - Präsentation des Kampagnenentwurfs (Gewichtung = 10 %) Sofern nach Auswertung der schriftlichen Angebote rein rechnerisch noch mehrere Angebote für die Zuschlagserteilung in Betracht kommen, können die entsprechenden Bieter zu einer Präsentation der als Beispielaufgabe ausgearbeiteten Kampagne eingeladen werden.

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Zur Bestimmung des Zuschlagskriteriums Preis ist das Preisblatt vollständig auszufüllen und dem Angebot beizufügen. Änderungen und Anpassungen am Preisblatt sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots.

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Die Gesamtpunktzahl wird anhand der modifizierten UfAB-II-Methode wie folgt ermittelt (Ziff. 5 Verfahrensbeschreibung): Die qualitativen Kriterien fließen zu 70 %, der Preis mit 30 % in die Gesamtbewertung ein.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=799152>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 28/10/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=761437>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 21/10/2025 12:00:00 (UTC+2) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderung von Unterlagen gem. § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer des Bundes - Vergabekammer des Bundes

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der schützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE). Ein Antrag auf Nachprüfung ist schriftlich an die Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt zu richten. Die Einreichung eines Nachprüfungsantrags per E-Mail an vk@bundeskartellamt.bund.de ist nach Angaben des Bundeskartellamts nur mit qualifizierter elektronischer Signatur möglich. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße vorab gegenüber dem Auftraggeber gerügt wurden. Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen bei der Vergabestelle des BMWE (s. Ziffer I.1) zu rügen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB). Verstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber der Vergabestelle des BMWK gerügt werden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 und 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle des BMWE, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag durch das BMWE bereits erfolgt ist, bevor die Vergabekammer das BMWK über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz 1, 169 Abs. 1 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag durch die Vergabestelle des BMWE darüber informiert. Die Zuschlagserteilung ist möglich zehn Kalendertage nach Absendung dieser Information an die unterlegenen Bieter auf elektronischem Weg (§ 134 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch die Vergabestelle des BMWE; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Auf die prozessualen Vorschriften der §§ 160 ff. GWB wird zudem hingewiesen. Hinweis: Das BMWE ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Die Beteiligten haben ein Recht auf Akteneinsicht. Um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren, teilen Sie uns konkret mit Bezug auf die entsprechenden Dokumente des Angebotes mit, welche Informationen als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu behandeln sind.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie - BMWE, Referat Z-FV-Vg - Zentrale Vergabestelle

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Registrierungsnummer: BMWK-Z-FV-Vergabestelle

Abteilung: Referat Z-FV - Zentrale Vergabestelle

Postanschrift: Scharnhorststraße 34-37

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10115

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@bmwe.bund.de

Telefon: 000

Internetadresse: <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/>

Sonstige Kontaktpersonen:

Offizielle Bezeichnung: BMWK, Referat Z-FV-Vg - Zentrale Vergabestelle

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10115

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@bmwk.bund.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: Vergabekammer des Bundes

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 (0)0089499-0

Sonstige Kontaktpersonen:

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 2c10165b-0ff8-4b07-9315-23c5c43c607b - 21
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/09/2025 12:11:28 (UTC+2) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 633690-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 186/2025
Datum der Veröffentlichung: 29/09/2025